

LEITARTIKEL

Deutschland, abgewirtschaftet

Beginnen wir philosophisch. Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass freie, pluralistische, aber damit auch immer widerstrebende Gesellschaften angesichts vielfältiger Krisen in der Lage sind, diese aus sich heraus zu meistern – und sich nicht erst nach einem Crash neu sortieren? Eine Frage nach der Mündigkeit liberaler Demokratien, die ich momentan vielen klugen Menschen stelle. Kriegt Deutschland die Kurve, ja oder nein? Nach knapp drei Dutzend Gesprächen ist die Antwort deprimierend eindeutig. Bis auf zwei Ausnahmen sagten alle: nein. Warum? Weil es uns noch zu gut geht, weil die Massivität der Krisen ignoriert wird.

Die meisten Medien tun so, als gäbe es nur eine Krise: die Klimakrise. Dabei könnte die sich zusammenbauende Wirtschaftskrise Orkanstärke erreichen. Doch sie wird verdeckt vom Ausbleiben der Massenarbeitslosigkeit, die in Zeiten des Fachkräftemangels ihre Warnfunktion verloren hat. Der Absturz geschieht schleichend: Produktionskapazitäten werden ins Ausland verlegt. Hohe Energiepreise ziehen die Deindustrialisierung nach sich. Die Automobilindustrie wird geschreddert. Alles, um mit kurz-sichtigen Maßnahmen die Klimakrise zu bekämpfen.

Die vermeintlichen Lösungen, die von der Ampel-Regierung, dort insbesondere von den Grünen, aufgetischt werden, haben einen viel zu engen Fokus, der mit dem Herkunftsmilieu der Partei zu tun hat. Er folgt der Logik des gebildeten, verbeamteten Bürgertums – und einer postmateriellen Erbenmoral. Dass das Blockieren samt Postwachstumsträumereien so hoch im Kurs steht, hat mit einer Satt- und Zufriedenheit zu tun, die trügerisch ist. Marktwirtschaft gilt in den akademischen Eliten als rechts, Unternehmertum als aus der Zeit gefallen, es gibt keine Diskussion, sei sie innen- oder außenpolitisch, die nicht umfassend moralisiert wird. Gleichzeitig steht der deutsche Moralfuror zunehmend isoliert da. In Europa rutscht eine Regierung nach der anderen zurück in die Mitte. Oder nach rechts.

Was aber, wenn am 5. November 2024 Donald Trump zum US-Präsidenten gewählt wird? Und er genau jene Disruption mit sich bringt, die Deutschland überfordert? Die Wahlkampfmaschine in den USA läuft bereits, und die Zeichen, die Trump setzt, verheißen nichts Gutes; dem alten Europa kann er wenig abgewinnen. Und sicher wird er nicht vergessen haben, wie die europäischen Staatschefs in und vor allem nach seiner ersten Amtszeit über ihn hergefallen sind.

Er wird diesen Europäern den Hinweis geben, dass sie sich künftig um ihre Konflikte ein wenig selbstständiger zu kümmern haben. Wahrscheinlich, so ist er gestrickt, wird er das nicht ohne Hohn tun, im Sinne eines „Ihr wolltet doch nichts mit mir zu tun haben: viel Spaß!“. Dann wird es richtig ernst mit der Zeitenwende. Und verschärft stellt sich die Frage, wo Deutschland und Europa im Wettbewerb der Systeme stehen. Und welche Perspektiven wir haben.

Die Eliten überbieten sich in Sachen Klima-Panik. Und übersehen, dass auf uns auch noch andere Krisen zukommen, gerade wirtschaftlich. Wenn Amerikas nächster Präsident dann auch noch Trump heißen sollte, stellt sich die Systemfrage

ULF POSCHARDT



DIE DEUTSCHEN HABEN SICH STETS GERNE HINTER DEN BREITEN SCHULTERN DER USA VERSTECKT

Keine, wenn wir weitermachen wie bisher. Leistungsleten und Reiche werden verspottet. Ob Absenkung des Renteneintrittsalters oder die aktuelle Diskussion um die Vier-Tage-Woche, Deutschland steht stellvertretend für ein Europa, das einem luxuriösen Selbstverständnis frönt (und sich über die Eigenanforderungen im globalisierten Kapitalismus selbst belügt). In Frankreich gehen derweil die Gewerkschaften militant gegen die „kleine“ Macron-Rentenreform auf die Straße. Um Europa machen viele Investoren schon heute einen weiten Bogen, was sich künftig noch verstärken dürfte.

Sollte Trump gewinnen, wird er zweifellos seine MAGA-Strategie fortsetzen: Make America Great Again – mit einem eher machiavellistischen Prinzip die aufstrebenden Mächte umgarnen und sich von nölenden Besserwissern aus Europa fernhalten. Trump versteht – so wie Putin und Xi – nur die Sprache der Stärke.

Die Wehrhaftigkeit Europas hat mit der Stärke der Wirtschaft, aber auch der Wissenschaft und der Innovationsindustrien zu tun. Die Mehrheit zweier starker Mittelstandsverbände, die der Familien und der jungen Unternehmer, würde in Zukunft ein Unternehmen eher im Ausland als in Deutschland aufbauen. Fast ein Viertel der Befragten denken mindestens einmal pro Woche daran, ihr Unternehmen zu verkaufen. Nahezu alle befragten Unternehmer (96 Prozent) sind überzeugt, dass die Deindustrialisierung in Deutschland begonnen hat. Dabei sind die Probleme seit Jahren bekannt: Statt Bürokratie abzubauen, kommt auf regionaler, nationaler oder europäischer Ebene ein Layer nach dem anderen drauf. Die Steuern vergraulen Top-Performer, die keine Lust haben, im Land mit der höchsten Abgabenlast zu arbeiten.

Man gähnt schon beim Lesen, aber es ändert sich nichts, es herrscht eine trügerische Ruhe. Die Klimahysterie ist Teil einer bürgerlichen Blasen-Neurose, die keineswegs die bestimmende Sorge der Bundesbevölkerung widerspiegelt. Längst sind weite Teile der unteren und mittleren Mittelschicht von einer Abstiegsangst erfasst, an deren Ende die pure Reaktanz und das Gegenteil von Klimaschutz stehen. Die Wahlen in Thüringen bieten dazu eine Preview. Die ständigen Provokationen, die moralische Überheblichkeit der vielen „Carlas“ verhindern nicht nur Mehrheiten für eine notwendige Transformationen, sondern führen dazu, dass die wirtschaftlichen Herausforderungen der Volkswirtschaft vollkommen ignoriert werden.

Trump wird sich nicht sonderlich für Deutschland interessieren. Einer seiner engeren Berater ist Richard Grenell, der als früherer Botschafter in Berlin einen tiefen Einblick in die antiamerikanische und antikapitalistische deutsche Gesellschaft erhielt. Deutschland hat sich stets besonders gerne hinter den breiten amerikanischen Schultern versteckt, um dann umso wütender aus narzisstischer Kränkung über diese breiten Schultern zu lästern. Verteidigungspolitisch sind wir noch nirgendwo, so gut der neue Verteidigungsminister Pistorius seinen Job auch macht. Wirtschaftspolitisch sind wir extrem abhängig von China und könnten uns Sanktionen gegen diesen Hauptkunden unserer Waren nur zum Preis einer auseinanderstrebenden Gesellschaft erlauben.

Deswegen müsste die deutsche Gesellschaft gemeinsam mit der Politik einen Weg zurück in die Realität finden, die nicht aus narzisstischen Träumereien und einem moralisierenden Wünsch-dir-Was gespeist wird. Einmal mehr muss es heißen: It's the economy, stupid. Ob das realistisch ist? Im Augenblick eher nein.

ulf.poschardt@welt.de

KOMMENTAR

Keine Widerspruchsfreiheit

DENIZ YÜCEL



In 128 von untersuchten 180 Staaten steht es um die Pressefreiheit ziemlich schlecht, schlecht oder ganz mies. Das geht aus der „Rangliste der Pressefreiheit“ hervor, die die Organisation Reporter ohne Grenzen am Mittwoch vorgelegt hat. Die Gesamtlage ist nicht schlechter als im Vorjahr, wenigstens das.

Wie aussagekräftig die Pressefreiheit für den Zustand einer Demokratie ist, zeigt sich in Russland. Im Zuge des Überfalls auf die Ukraine hat sich das Putin-Regime endgültig von einer Autokratie zur Diktatur gewandelt, weshalb es verwundert, dass Russland nur auf Platz 165 abgerutscht ist und noch vor der Türkei (164) liegt. Aber gut, ein solches Ranking lässt sich nicht mit derselben kalten Präzision erstellen, mit der man Inflationsraten messen kann. Tendenzen zeigt diese Liste aber durchaus: Dazu gehört, dass Norwegen zum siebten Mal in Folge Spitzenreiter ist. Dass die Ukraine (79) trotz der Lebensgefahr für Kriegsreporter 27 Plätze gutgemacht hat. Und dass Deutschland nur auf Rang 21 steht.

Denn Reporter ohne Grenzen bewertet nicht nur staatliche Verfolgung. So hätten hierzulande Angriffe auf

Journalisten bei Demonstrationen stark zugenommen. Auch die Medienvielfalt sei durch Zusammenlegung oder Schließungen von Zeitungen bedroht. Stutzig macht jedoch ein weiterer Grund, der dazu beigetragen habe, dass Deutschland fünf Plätze verloren hat: Journalisten erleben „zunehmend Querfeindlichkeit, Sexismus und Rassismus, vor allem, wenn sie über diese Themen berichten“.

Das geht offenbar auf Auskünfte von Journalisten und Wissenschaftlern zurück, die in die Wertung einfließen. Doch subjektives Sicherheitsempfinden ist kein verlässliches Kriterium. Und Reporter ohne Grenzen ist gut beraten, das Renommee seiner Ranglisten nicht dadurch zu gefährden, indem man Reflexe übernimmt, vor denen auch manche Journalisten nicht gefeit sind: Meinungsfreiheit mit Widerspruchsfreiheit zu verwechseln – und auf Widerspruch mit dem erstbesten Ismus-Vorwurf zu kontern.

Übrigens: Der Skandal im RBB hat zum Abrutschen Deutschlands beigetragen, die jüngst bekannt gewordenen Nachrichten von Springer-Chef Mathias Döpfner an den damaligen „Bild“-Chefredakteur Julian Reichelt („Kann man noch mehr für die FDP machen?“) nicht. Die dürften erst beim nächsten Mal in die Wertung kommen – und sich nicht positiv auswirken. Denn zur Pressefreiheit gehört auch das: die Autonomie der Redaktion.

deniz.yuecel@welt.de

KOMMENTAR

Ein schales Geständnis

DANIEL ZWICK



Es kommt äußerst selten vor, dass Manager in Deutschland für Betrug oder andere Vergehen von einem Strafgericht verurteilt werden. Insofern ist es ein gutes Zeichen, wenn der ehemalige Audi-Chef Rupert Stadler nun eine Bewährungsstrafe erhält und 1,1 Millionen Euro an den Staat zahlen muss. So muss immerhin ein Top-Manager aus dem Volkswagen-Sumpf, der Deutschlands größten Wirtschaftsskandal zu verantworten hat, bezahlen. Doch hier endet die Genugtuung schon fast.

Stadler ist der erste Entscheider, der sich mit einem Geständnis seiner Verantwortung stellen wird. Zuvor hatte er die Vorwürfe der Staatsanwälte jahrelang abgestritten, so wie es alle anderen Managerkollegen aus der Top-Etage immer noch tun. Dass Rupert Stadler nun nach einem Deal mit Gericht und Staatsanwaltschaft vergleichsweise günstig davonkommen wird, hinterlässt einen schalen Nachgeschmack. Selbst wenn man zu den 1,1 Millionen Euro Strafe noch die 4,1 Millionen Euro rechnet, die er an Volkswagen gezahlt hat, steht die Summe doch in einem grotesken Unverhältnis zu den mehr als 30 Milliarden Euro, die

der Skandal den Konzern – und mithin seine Aktionäre – gekostet hat. Noch unbefriedigender wirkt es aus Sicht des Publikums, dass Martin Winterkorn, der einstige König von Wolfsburg, sich möglicherweise nie einem Gericht stellen müssen. Sein früherer Arbeitgeber Volkswagen hat ihm 11,2 Millionen Euro als Schadenersatz von seinen Bezügen abgezogen. Die Pensionen fließen dennoch weiterhin üppig auf Winterkorns Konten.

Den Ruhm am Höhepunkt der Macht nimmt jeder Topmanager gern für sich in Anspruch. Dass sogar die Benzinnenverliebten Amerikaner durch das Versprechen des „Clean Diesel“ den Kauf eines deutschen Autos mit entsprechendem Motor in Betracht gezogen haben, hat man sich gern als besondere Leistung ans Revers geheftet. Für den Betrug aber sollen immer nur die anderen verantwortlich sein. Es müssen büßen: kleine Motorenentwickler, die vor Gericht stehen, Aktionäre, die Milliarden verloren haben, Kunden, deren Autos über Nacht kaum noch etwas wert waren. Für sie alle zieht sich die Aufarbeitung des Diesel-Skandals seit Jahren in die Länge. Die bisherigen Ergebnisse sind in jeder Hinsicht lau: überschaubare Entschädigungen, geringe Strafen, begrenzter Schadenersatz. Es wirkt wie ein typisch deutscher Kompromiss. Jeder kriegt eine Kleinigkeit vom Schaden ab. Leider gilt das auch für das Gerechtigkeitsgefühl.

daniel.zwick@welt.de

GASTKOMMENTAR

Warum Gesellschaftsräte undemokratisch wären

Die Klimaaktivisten der „Letzten Generation“ haben zuletzt in Berlin den Verkehr lahmgelegt, um ihre Forderungen durchzudrücken. Dazu gehören das Ende von Autos mit Verbrennungsmotoren, das Aus für Gas- und Ölheizungen sowie Gas- und Kohlekraftwerken sowie ein „Gesellschaftsrat“. Dieser soll einen demokratischen Umbau der Gesellschaft herbeiführen. In Wahrheit würde er jedoch nur ein demokratisches Mäntelchen für die Erzwingung von Maßnahmen darstellen, die sonst in einer freiheitlichen Gesellschaft nicht erreichbar sind. Der „Gesellschaftsrat“ wäre aus einem per Losverfahren hergestellten Querschnitt der Bevölkerung zu bestimmen. Die Teilnehmenden sollen von Expertinnen und Experten mit Fakten und Perspektiven versorgt werden. Sie sollen in professionell moderierten Kleingruppen politische Maßnahmen vorschlagen, welche anschließend dem Parlament vorgelegt werden. Ein Verfahren, für das zunächst durchaus einiges spricht.

Die Zufallsauswahl von Bürgerinnen und Bürgern würde es ermöglichen, die zugrunde liegende Gesamtheit besser zu repräsentieren als herkömmliche Wahlen. Sie verhindert Diskriminierung, etwa nach Geschlecht, Ausbildung oder Hautfarbe. Personen, die ansonsten im politischen Prozess wenig oder gar nicht berücksichtigt werden, können sich artikulieren. Quoten werden überflüssig. Im Gegensatz dazu sind die heutigen Parlamente weit davon entfernt, die Wählerschaft wirklich zu repräsentieren. Vielmehr sind bestimmte Schichten krass übervertreten: So haben von den 2019 gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestags 82 Prozent einen Hochschulabschluss – in der Gesamtbevölkerung sind es lediglich 18 Prozent. Das Parlament ist damit ein hochselektives Organ.

MARGIT OSTERLOH UND BRUNO S. FREY



Wir leben zwar nicht mehr in einer Erb-Aristokratie, aber in einer Wahl-Aristokratie, die alles als andere als statistisch repräsentativ ist. Etliche Bundestagsabgeordnete haben sich entsetzt über den „Gesellschaftsrat“ geäußert. Kein Wunder, würden sie doch an Einfluss verlieren. Geschichtliche Erfahrung spricht dafür, dass Losverfahren politische Seilschaften ausbremsen: So konnte in Basel im 18. Jahrhundert auf diese Weise der Einfluss des berüchtigten „Daigs“, das heißt der Oberschicht, beträchtlich reduziert werden. Mehr als dreimal so viele Außenseiter, die vorher keine Chance gehabt hätten, wurden in den politischen wichtigen „kleinen Rat“ gewählt.

Bei genauerer Lektüre des Aufrufs der „Letzten Generation“ für einen Gesellschaftsrat kommen erhebliche Zweifel an der demokratischen Absicht. Eine autoritäre Dimension ist unverkennbar: Dem Gesellschaftsrat wird ein präzises inhaltliches Ziel vorgegeben, nämlich Null-Emissionen in Deutschland bis zum Jahr 2030. Ob dieses Ziel vernünftig, machbar oder demokratisch legitimiert ist, soll gemäß den Vorstellungen der „Letzten Generation“ nicht hinterfragt werden.

Weil die Teilnahme der durch das Los gewählten Bürger freiwillig ist, muss damit gerechnet werden, dass vorzugsweise Klima-Aktivistinnen dem Ruf folgen. Maßnahmen würden beschlossen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht dem Mehrheits-

willen entsprechen. Außerdem ist die Rolle des Parlaments widersprüchlich: Einerseits sollen die vom Gesellschaftsrat beschlossenen Maßnahmen dem Parlament vorgelegt werden. Andererseits müssen sie gemäß dem Aufruf der „Letzten Generation“ von der Bundesregierung „in“ umgesetzt werden. Insgesamt würde man sich ein wichtiges Merkmal demokratischer Institutionen verabschieden, nämlich der ergebnisoffenen Diskussion über Ziele und Maßnahmen. Diese ist zentral für die per Los gewählten „Bürgerräte“, die bereits in einigen Ländern wie Irland, Island und Frankreich erfolgreich eingesetzt wurden. Auch die Bundesregierung plant solche Bürgerräte. Aber auch hier sollen sie jeweils nur zu bestimmten, vom Bundestag gewählten Themen eingesetzt werden. Das Parlament kann ihre Ergebnisse beraten. Auch hier bestimmt eine Wahl-Aristokratie, ob es ein Thema auf die Tagesordnung schafft.

Losverfahren müssen deshalb vor falschen Freunden in Schutz genommen werden. Gleichwohl können sie eine wichtige Ergänzung der parlamentarischen Demokratie sein. So könnten aus der Bevölkerung ausgeloste Ausschüsse des Bundestags selbst gewählte Themen behandeln. Die Ergebnisse müssten der Öffentlichkeit präsentiert und im Bundestag beraten werden. Bald würde sich herausstellen, welche Ziele und Maßnahmen tatsächlich dem aufgeklärten Mehrheitswillen entsprechen. Ganz sicher würden Verkehrsblockaden nicht dazu gehören.

■ Margit Osterloh und Bruno S. Frey sind Professoren (em.) der Universitäten Zürich und Basel sowie Forschungsdirektoren von CREMA (Center for Research in Economics, Management and the Arts), Zürich.

LESERBRIEFE

Lob der Obergrenze

Zu „Diese Mut vemisse ich im Migrationsbereich komplett“ vom 2. Mai

Verstehe ich Frau Touré, Integrationsministerin in Schleswig-Holstein, richtig, dass sie keinerlei Einschränkungen bei Asyl und Einwanderung nach Deutschland akzeptieren möchte? Da Deutschland wegen seiner vergleichsweise hohen Sozialleistungen bei Unqualifizierten besonders beliebt ist, wird der Einwandererstrom nicht abreißen, und ebenso wenig die steigenden Kosten in den Kommunen, den Ländern, im Bund. Die Ministerin möchte keine „Abwehr- und Obergrenzen-debatte“. Doch, diese Debatte braucht es. Wir brauchen eine Limitierung nach dem Vorbild anderer demokratischer Staaten, die mit pragmati-

scher Vernunft vorgehen. Man sollte von ihnen lernen, statt moralischer Klassenprimus sein zu wollen.

GÜNTER HERRMANN, HEILBRONN

Wohl der Bevölkerung?

Zu „Berlins Regierender zittert sich ins Amt“ vom 28. April

Kai Wegner wird die Fehlzündung seines Amtes durch gute Arbeit vergessen machen. Franziska Giffey wird ihn unterstützen. Fragen muss man die Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses, die diese Posse veranstalteten, was sie noch im Parlament zu suchen haben. Sicher nicht das, wofür sie gewählt wurden, nämlich das Wohl der Bevölkerung.

WOLFGANG PILZ, KAARST

Ihre Post an: DIE WELT, Brieftfach 2410, 10888 Berlin, E-Mail: forum@welt.de

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.